

Schweiz

Post-Abbau. Der Ständerat ist besorgt, weil die Post Filialen schliesst. Die Kultfigur «Globi» hingegen hat den Wandel schon bewältigt. **Seite 4**

Wirtschaft

Mode für moderne Familien. Der Generaldirektor der Modekette OVS ist zuversichtlich nach der Übernahme von Charles Vögele. **Seite 7**

EU-Finanzminister gewünscht. Der französische Präsident Emmanuel Macron erachtet eine Reform der EU als notwendig. **Seite 8**

Kultur

Musik gegen Politik. Die beiden Bands Living Colour und Prophets Of Rage lassen Dampf ab. **Seite 10**

Zeitgenössische Zeichnungen. Die Ausstellung «gezeichnet/gezeigt» in der Kunsthalle Palazzo. **Seite 11**

Basel

Exodus. Die Aufsichtskommission über die Staatsanwaltschaft Baselland tritt geschlossen zurück. **Seite 17**

Trick. Ein Räuber führte die Polizei an der Nase herum, indem er sich als das Opfer ausgab. **Seite 19**

Pasta. Als Wirte hatten die Lambelets Erfolg, als Teigwarenproduzenten haben sie plötzlich Freizeit. **Seite 20**

Sport

Das Comeback. Skifahrerin Lara Gut hat sich von ihrer schweren Verletzung erholt – und blickt zuversichtlich auf die neue Saison. **Seite 29**

Gesundheit



Gequälte Frauen. Rund 200 Millionen Frauen weltweit sind von der Beschneidung betroffen. Beim Widerstand hilft jetzt auch die Organisation im Internet. **Seite 25**

Wetter

Frühnebelbänke. Der Herbst gewinnt langsam an Kraft und zeigt uns vor allem am Morgen seine graue Seite. Danach wird es wieder sonniger und um die 20 Grad warm. **Seite 28**



Spannung nach Referendum

Kurden entscheiden an der Urne über einen eigenen Staat

Tel Aviv. Nach dem Referendum der irakischen Kurden über ihre Unabhängigkeit steigt die Spannung in der Region. Die Türkei droht mit einer militärischen Intervention im Irak. Nur Stunden nach der Schliessung der Wahllokale haben zudem der Irak und die Türkei Militärübungen angekündigt. Auch Iran liess Soldaten im Grenzgebiet aufmarschieren.

Die irakische Regierung will mit den Kurden nicht über deren Unabhängigkeit verhandeln. Offizielle Ergebnisse über das Referendum werden für Donnerstag erwartet. Es ist mit einer Zustimmungsrate von über 90 Prozent zu rechnen. Die Wahlbeteiligung lag bei deutlich über 70 Prozent. Die Nachbarländer befürchten ein Erstarken der kurdischen Autonomiebestrebungen in ihren Ländern. heu **Seiten 2, 5**

Streit um die Entwicklungshilfe

Die Ausgaben sind enorm gestiegen – Finanzkommission will mehr Spielraum fürs Budget

Von Dominik Feusi

Der Nationalrat entscheidet heute, wie hoch in Zukunft die Entwicklungshilfe sein soll. Die Mehrheit der Finanzkommission will einen Entscheid von 2011 rückgängig machen. Damals verpflichtete das von Mitte-Links dominierte Parlament den Bundesrat, 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens als staatliche Entwicklungshilfe auszugeben. Vorangegangen war eine jahrelange Kampagne der Hilfswerke, die sich dank höheren staatlichen Budgets einfacheren Zugang zu höheren Summen erwarteten als mit Spendenaufrufen bei Privaten.

Das Ziel wurde nicht nur erreicht, sondern sogar übertroffen. Von 2006 bis 2016 verdoppelten sich die Ausgaben in diesem Bereich. 2016 lag die Quote mit 0,54 sogar deutlich über dem angestrebten halben Prozent.

Ohne feste Quote

Dementsprechend floss nicht nur absolut immer mehr Geld in die Entwicklungshilfe, sondern auch ihr Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes stieg stetig an, von gut 3 Prozent im Jahr 2000 bis auf 5,3 Prozent 2016. Die Finanzkommission des Nationalrats beantragt heute, den Entscheid von 2011 rückgängig zu machen und wie-

der ohne feste Quote jedes Jahr im Budgetprozess über die Höhe der Entwicklungshilfe zu befinden.

«Wir wollen die Entwicklungshilfe nicht kürzen», sagt der Luzerner FDP-Nationalrat Albert Vitali. «Aber die Quote von 0,5 Prozent hat dazu geführt, dass die Entwicklungshilfe jedes Jahr steigt, und diese Entwicklung wollen wir bremsen.» Das Problem der Quote ist, dass sie die privaten Gelder, die in die Entwicklungsländer fließen, nicht einbezieht. Die sind in der Schweiz traditionellerweise sehr hoch, gemäss Zahlen der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) von 2013 fast drei Mal

so hoch wie die staatlichen Programme. Bezieht man diese Gelder mit ein, liegt die schweizerische Entwicklungshilfe mit zwei Prozent des Bruttonationaleinkommens sehr hoch.

Die Ausmarchung im Nationalrat dürfte knapp ausgehen. Der Bundesrat empfiehlt, den Vorstoss abzulehnen. Er argumentiert, die Quote sei sowieso nicht mehr so fix wie noch vor Jahren. Er schlägt bereits jetzt im Budget nur Ausgaben vor, wie sie finanziell vertretbar seien. Die Abstimmung ist auch ein Test für das seit den Wahlen 2015 bürgerlich gewordene Parlament. Während SVP und FDP mehrheitlich für den Vorstoss stimmen, ist die CVP gespalten. **Seite 2**

Der Fasnachts-Countdown läuft



Larvenateliers fahren Produktion hoch. Noch rund fünf Monate dauert es bis zu den «drey scheenste Dääg». Für die Larvenmacher beginnt nach den eher ruhigen Monaten wieder der Ernst des Lebens. Das Larvenatelier Dildi mit Laden in Allschwil gehört mit jährlich 3000 hergestellten Larven zu den wichtigen Adressen in der Region – und das, obwohl der Chef, Michel Margot, ein Romand ist und sich die Produktion in La Chaux-de-Fonds befindet. Immerhin: Gegründet hat den Familienbetrieb die Baslerin Mathilde «Dildi» Werdenberg, die Grosstante des Chefs. ch/jeh Foto Kostas Maros **Seite 21**

Radarwarnung soll straffrei sein

SVP will keine Bussen mehr für Warnungen in sozialen Gruppen

Bern. Wer öffentlich vor Radarcontrollen warnt, macht sich strafbar. Dies ist eine der Bestimmungen, die 2013 mit dem vom Bundesparlament beschlossenen Verkehrssicherheitspaket Via Sicura in Kraft getreten sind.

Um dies zu umgehen, posten Verkehrsteilnehmer ihre Warnungen in privaten Facebook- oder Whatsapp-Gruppen. Für die Justiz gilt dies jedoch nicht als Privatsphäre: Unlängst verurteilte die Staatsanwaltschaft St. Gallen Mitglieder einer solchen Gruppe zu happigen Bussen.

SVP-Nationalrat Christian Imark (SO) geht das zu weit. «Hier haben wir eine Gesetzeslücke, die es zu schliessen gilt.» In einer Motion fordert er, dass Warnungen in geschlossenen Whatsapp- oder SMS-Gruppen nicht mehr bestraft werden dürfen. aso **Seite 4**

Laufen, kämpfen, siegen

Der FCB will gegen Benfica eine Topleistung zeigen

Von Sebastian Briellmann

Basel. Es ist ja nicht so, dass der FC Basel zurzeit einem Hort des geballten Selbstvertrauens gleicht. Nach dem Derby-Sieg am vergangenen Samstag gegen den FC Zürich ist jedoch eine positivere Stimmung wahrzunehmen. Das sollte Rotblau heute dienlich sein, wenn in der zweiten Runde der Champions-League-Gruppenphase Benfica Lissabon zu Gast ist (20.45 Uhr, SRF2 live). FCB-Trainer Raphael Wicky sagt deshalb auch: «Die Mannschaft weiss, welche Chancen sich ihr am Mittwoch mit einem Sieg eröffnen.»

Den Baslern ist bewusst, dass sie sich nicht in Bestform befinden. Doch immerhin Basics wie Laufen und Kämpfen werden wieder erfüllt – klappts also auch mit dem Siegen? Renato Steffen sagt zumindest, dass der Anspruch da sei, eine Topleistung herauszukitzeln.

Die Ausgangslage sollte die Mannschaft ebenfalls motivieren, wieder einmal für eine magische Nacht besorgt zu sein: Gelingt den Baslern nämlich der Sieg, erschiene das europäische Überwintern auf einmal wieder realistisch. Dafür muss der FCB aber dort zulegen, wo es zuletzt oft gehapert hat: im spielerischen Bereich.

Darüber hinaus wird es wohl auch die Tore von Ricky van Wolfswinkel brauchen, der bisher die Hälfte aller Saisontreffer für sein Team erzielt hat. Der Holländer, der gestern zum zweiten Mal Vater wurde, erzählt im BaZ-Interview, warum ihn nicht alle Gegenspieler für einen netten Typen halten und dass er bereits fleissig Schweizerdeutsch büffelt. Und auch der 28-Jährige findet: «Wenn man gegen Benfica gut verteidigt, schnell umschaltet, dann findet man Räume, um selbst in Abschlussposition zu kommen.» **Seiten 30–32**

Umbruch im Basler Unirat

Novartis verliert das Mandat

Basel/Liestal. Seit im Baselbiet die Richtlinien zur Public-Corporate-Governance (PCG) in Kraft getreten sind, kann Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP) von den Baselieter Mitgliedern im paritätisch besetzten Unirat verlangen, einen Mandatsvertrag zu unterschreiben. Dieser verpflichtet die Ratsmitglieder, die politischen Interessen des Baselbiets im Unirat zu vertreten.

Deshalb wird der Pharma-Riese Novartis – der sein Mandat vom Baselbiet erhielt – ab 2018 nicht mehr im Unirat vertreten sein. Für den scheidenden Novartis-Delegierten hat sich bereits ein Kandidat in Position gebracht: Franz Saladin, Direktor der Handelskammer beider Basel (HKBB). Seine Handelskammer hat sich jetzt mit einem Fact Sheet an die politische Einstellung des Baselbiets angenähert. sa **Seite 17**

Merkel soll zurücktreten

CSU-Politiker fordert Neuanfang

Berlin/München. Am Sonntag ist die bayerische CSU um 10,5 Punkte auf 38,8 Prozent abgestürzt und erlitt damit einen noch grösseren Verlust als die CDU, mit der sie traditionsgemäss eine Fraktionsgemeinschaft im Bundestag bildet. Diese Gemeinschaft wurde gestern reibungslos erneuert, allerdings gab es Rücktrittsforderungen gegenüber CSU-Parteichef Horst Seehofer. Ein CSU-Politiker erklärt in der BaZ, weshalb auch Kanzlerin Angela Merkel abtreten sollte. SDA/fi **Seiten 3, 5**

ANZEIGE

Der Klassiker für zuhause...



Fr. 69.– Living Kitzbübel

Hochwertige Filzpantoffeln für Sie und Ihn. Grösse 36–48. In anthrazit, hellgrau und rot.


Gegen Abgabe dieses Inserates erhalten Sie CHF 10.– Rabatt

per piedi podologisches institut schuhspesialgeschäft
Weisse Gasse 15, 4001 Basel
beim Barfüsserplatz
Telefon 061 260 65 20

Kommentar

Die nächsten Flüchtlinge

Von Pierre Heumann



Auch wenn die Kurden die Frage, ob sie selbstständig sein wollen, am Montag mit einem deutlichen Mehr bejaht haben: Falls sie glauben, dass sie sich damit vom irakischen Staat verabschieden können, täuschen sie sich gewaltig. Die Widerstände in der Region gegen den Mächtigen-Staat sind massiv. Alle Nachbarn wollen die Gründung Kurdistans verhindern, auch mit martialischen Mitteln. Sollten die Kurden trotzdem an ihren Plänen festhalten, bahnt sich ein neuer Unfriedensprozess an, der die Region noch stärker destabilisiert. Der Unabhängigkeitskampf der irakischen Kurden wird einen zusätzlichen Krisenherd entstehen lassen, mit Spannungen und Gewaltexzessen. Eine neue Flüchtlingswelle wird die tragische Folge sein. Die Unabhängigkeit ist im Fall Kurdistan ein Risiko, das die Region derzeit nicht verkraften kann. Kurdistan wäre ein weiterer Versagerstaat in der Region. Die lokale Autonomie-Regierung nennt sich zwar demokratisch, aber im Grunde genommen ist sie eine Autokratie. Kurdenführer Masoud Barzani und seine Partei verstehen sich als Eigentümer des irakischen Kurdistans. Wenn sie ihre Interessen gefährdet sehen, werfen sie demokratische Regeln über Bord. Im Dezember 2015 entliessen sie zum Beispiel den Parlamentssprecher, weil er versucht hatte, faire Präsidentschaftswahlen durchzuführen.

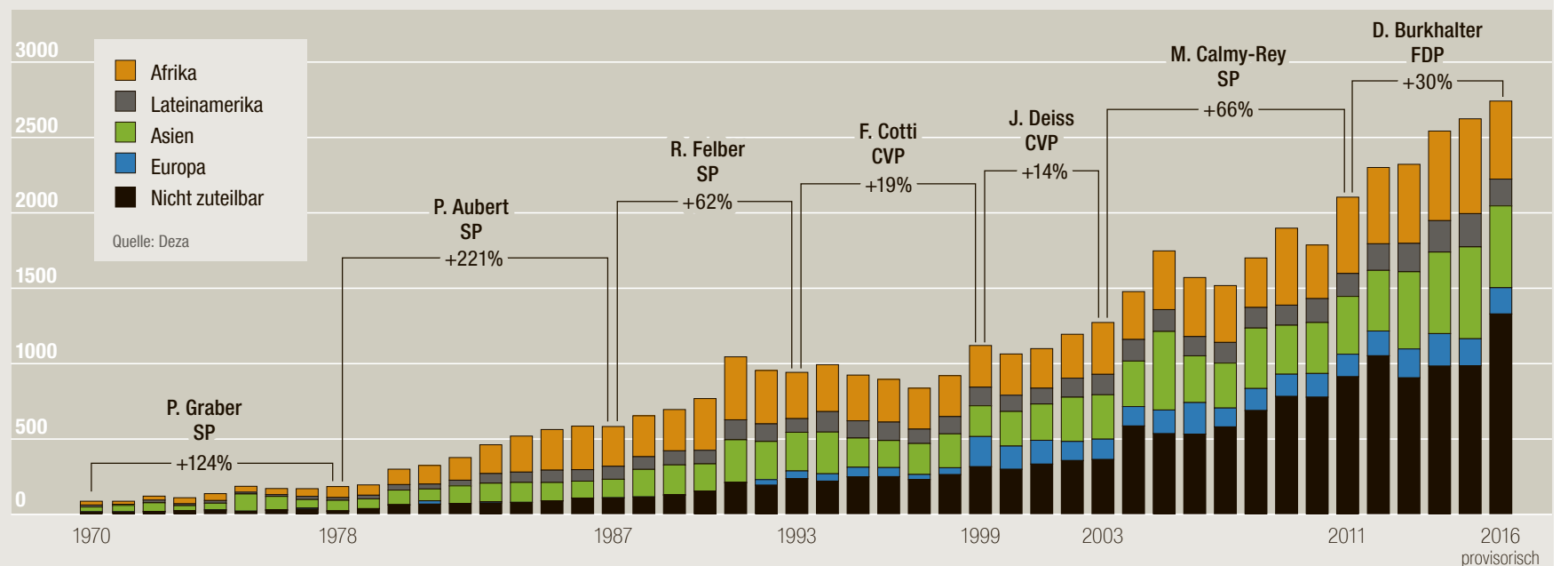
In den Strudel regionaler Machtspiele wird Kurdistan bereits hineingezogen.

Wirtschaftlich könnte der Staat aus eigenen Kräften kaum überleben. Er müsste sich in die Abhängigkeit einer Drittmacht begeben, um über die Runden zu kommen. Russland ist bereits in der Startposition, um seinen regionalen Einfluss mithilfe Kurdistans weiter auszubauen. In den Strudel regionaler Machtspiele wird Kurdistan bereits hineingezogen, noch bevor es gegründet ist. Weil sich Israels Premier Benjamin Netanjahu ausdrücklich für die Unabhängigkeit Kurdistans ausgesprochen hat, droht Ankara jetzt damit, den Normalisierungsprozess mit Jerusalem einzufrieren. Nicht nur für Ankara, sondern auch für Teheran und Bagdad steht viel auf dem Spiel, sowohl wirtschaftlich als auch politisch. Weil das irakische Öl von den Kurden beansprucht wird, sieht Bagdad seine wichtige Einnahmequelle gefährdet. Eine Spaltung des Irak würde auch die Einheit der Türkei und des Iran aufs Spiel setzen, weil die Kurden dort ebenfalls versuchen könnten, sich von ihren Zentralregierungen loszusagen. Vor diesem Hintergrund sind die Drohungen der Türkei, des Iran und des Irak ernst zu nehmen, den Kurden im Irak die Unabhängigkeit zu verwehren. Sollte es zum inner-irakischen Bürgerkrieg kommen, in den sich auch regionale Akteure einmischen, hätte das verheerend brutale Konsequenzen für die Bevölkerung. pierre.heumann@baz.ch Seite 5

Steigende Ausgaben, unklarer Nutzen

Wie die Entwicklungshilfe zum Milliardengeschäft wurde und wo das Geld hinfließt

ENTWICKLUNG UND AUFTEILUNG DER STAATLICHEN SCHWEIZER ENTWICKLUNGSHILFE NACH KONTINENTEN von 1970 bis 2016 in Millionen Franken



Wachstum ohne Grenzen. Die Schweizer Entwicklungshilfe steigt und steigt – vor allem, wenn Sozialdemokraten das Aussenministerium führen. Grafik Baz/Quelle Deza

Von Dominik Feusi, Bern

Die staatliche Entwicklungshilfe der Schweiz ist von 1970 bis 2016 gemäss der offiziellen Statistik des Bundes von 130 Millionen Franken auf mehr als 3,5 Milliarden Franken angestiegen. Der Löwenanteil wird durch die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (Deza) im Departement für Auswärtige Angelegenheiten ausgegeben, aber auch zahlreiche weitere Bundesstellen geben Geld für Entwicklungshilfe aus. Das Staatssekretariat für Migration gibt beispielsweise knapp 500 Millionen Franken aus oder das Staatssekretariat für Wirtschaft gut 300 Millionen Franken. Die Schweiz belegt mit diesen Summen unter den entwickelten Nationen einen Spitzenplatz, was die staatliche Entwicklungshilfe angeht. Nimmt man die privaten Geldflüsse hinzu, beträgt die Entwicklungshilfe ein Mehrfaches der 2011 vom Parlament versprochenen Quote von 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens.

Verzettelung der Ausgaben

Trotzdem wollen Linke und Grüne mit Unterstützung aus der CVP an dieser Quote festhalten. Sie garantiert nämlich, dass die Entwicklungshilfe jedes Jahr wächst, auch dann, wenn die Ausgaben des Bundes stabil bleiben. Das Ausgabenwachstum bei der Entwicklungshilfe muss dann andersorts kompensiert werden, beispielsweise in der Landwirtschaft, bei Bildung und Forschung oder bei der Armee, deren Kredite nicht mit einer derartigen Quote an die Wirtschaftsentwicklung gekoppelt sind. Aus der neusten Statistik der bilateralen Entwicklungshilfe

(siehe Grafik) geht hervor, wohin diese Gelder im letzten vollständig revidierten Jahr (2015) flossen, nämlich an 44 Länder in Afrika, 18 Staaten in Lateinamerika, 32 asiatische Länder und neun Staaten in Europa. Mehr als die Hälfte der Länder der Welt erhält damit Entwicklungshilfe aus der Schweiz.

Dabei versprach das Aussende-Departement schon mehrfach, die Entwicklungshilfe auf einige Schwerpunkte zu konzentrieren, um mehr zu bewirken. Geklappt hat das nur teilweise. Die Deza zählt auf ihrer Webseite 34 «Schwerpunktländer» auf der Südhälfte, neun Schwerpunktländer und -regionen in Osteuropa, 13 Partnerländer in der EU und noch einmal 16 «Haupt Einsatzgebiete» mit insgesamt 29 Ländern auf. Mehr als die Hälfte der Länder, in die Geld aus der Schweiz fließt, fallen für die Deza also unter «Schwerpunktland». Auch eine Konzentration der Entwicklungshilfe auf Länder, aus denen Menschen in die Schweiz fliehen, lässt sich nicht erkennen, obwohl genau eine solche Bekämpfung der Fluchtursachen im Parlament und in der Öffentlichkeit immer wieder gefordert wird.

Die Entwicklung der Entwicklungshilfe seit 1970 verlief in Schüben, die sich an den jeweiligen Departementsvorstehern und Aussenministern festmachen lassen. Die grossen Steigerungen in absoluten Zahlen fallen in die Amtszeiten von Sozialdemokraten, von René Felber in den Achtzigerjahren und Calmy-Rey ab 2003 – und vom zurücktretenden Didier Burkharter (FDP). Die CVP-Aussenminister Flavio Cotti und Joseph Deiss haben in den Neunziger-

jahren bei der Entwicklungszusammenarbeit auf einem hohen Niveau geringere Budgetsteigerungen zugelassen. Mit ihrem Amtsantritt von 2003 änderte Micheline Calmy-Rey die Politik grundlegend. Unter ihr stiegen die Ausgaben für die bilaterale Entwicklungshilfe von knapp 1,3 Milliarden Franken auf 2,1 Milliarden im Jahr 2011 um 66 Prozent.

Unter Didier Burkharter schliesslich ging die Entwicklung unvermindert weiter. Ein Grund war die unmittelbar vor seinem Amtsantritt eingeführte Quote, dass die Entwicklungshilfe 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens betragen müsse. Er macht aus dem Budget für Entwicklungszusammenarbeit einen an die Wirtschaftsentwicklung gebundenen Ausgabenposten, unabhängig von der Finanzlage des Bundes. Genau das ist der Grund, weshalb die Mehrheit der Finanzkommission die Quote jetzt streichen will. Der finanzpolitische Spielraum soll wieder gleich gross sein wie bei allen anderen Budgetposten.

Was zudem auffällt: Unter den Bundesräten Calmy-Rey und Didier Burkharter nahmen insbesondere die keinem Kontinent zuteilbaren Ausgaben überdurchschnittlich stark zu. Sie betragen in der provisorischen Berechnung für 2016 fast die Hälfte der ganzen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Nimmt man die gut 400 Millionen Franken hinzu, die innerhalb der vier Kontinente keinem Land zuteilbar sind, lassen sich mehr als die Hälfte der Ausgaben nicht zuordnen.

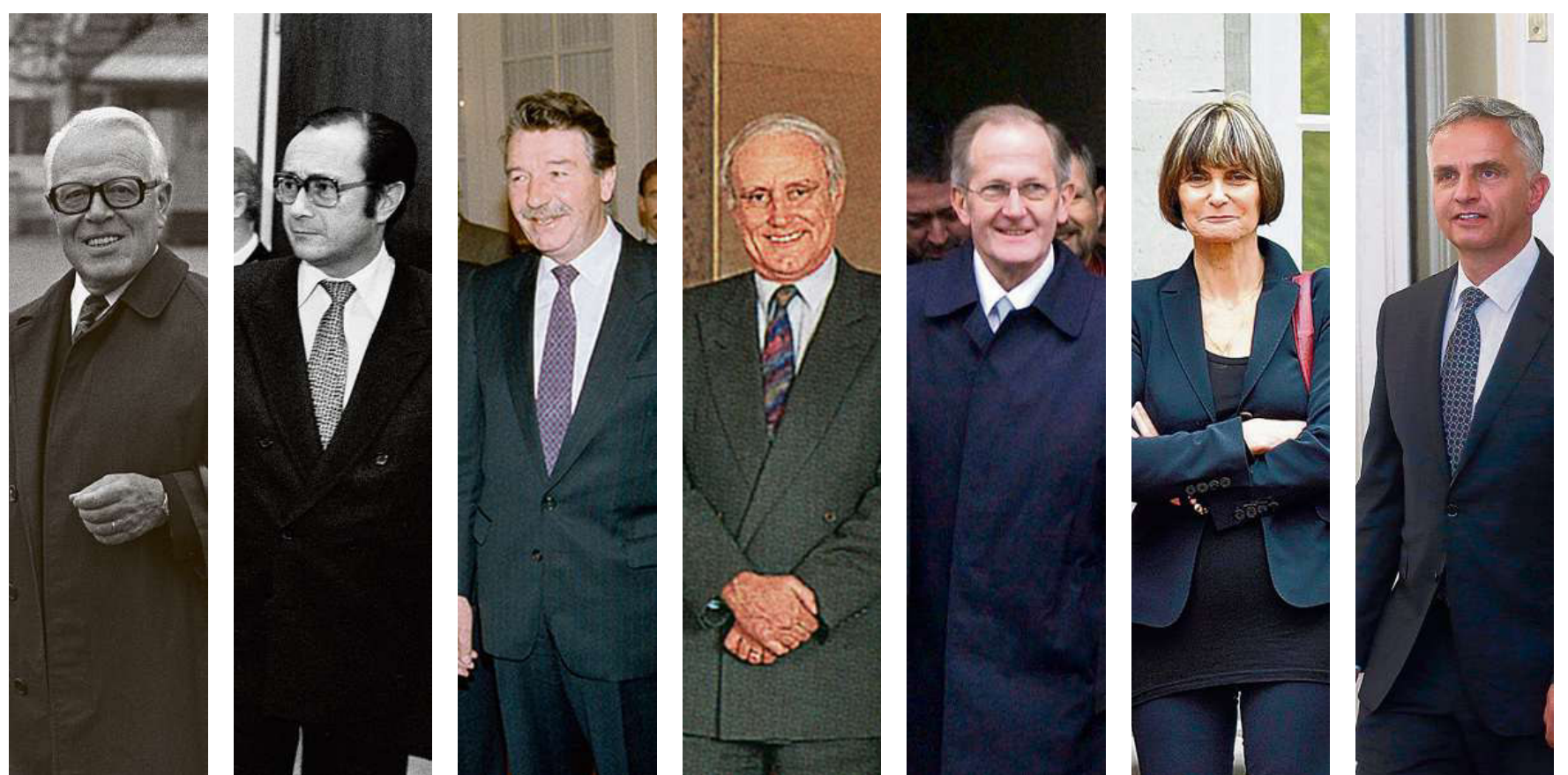
Auf Anfrage liess das EDA gestern verlauten, dass es sich dabei insbesondere um Kosten aus dem Asylbereich handle, die gemäss OECD der

Entwicklungshilfe angerechnet werden dürfen. Diese Kosten haben von 2015 bis 2016 wegen der Migrantenwelle von 2015 um 42 Prozent auf fast 700 Millionen Franken zugenommen. Der Rest verteilt sich auf Hilfswerke in der Schweiz (126 Millionen), die nicht oder noch nicht Ländern zuzuordnen sind, und an den Beitrag an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf (80 Millionen).

Nutzen unklar

Was mit diesen Milliarden in mehr als hundert Ländern tatsächlich erreicht wird, ist zudem nicht klar. Die Anzahl Personen, die mit weniger als 1 Dollar und 90 Cent pro Tag auskommen müssen, verringerte sich zwar zwischen 1981 und 2015 von 44 Prozent auf zehn Prozent. Doch ist dies nicht der Entwicklungshilfe zu verdanken, sondern der Marktwirtschaft und dem Freihandel, der insbesondere in Indien und China Millionen geholfen hat. In diesen Ländern spielt Entwicklungshilfe nur eine untergeordnete Rolle, Afrika, wo viel mehr Geld eingesetzt wird, liegt in der Entwicklung zurück. Namhafte Experten vermuten, dass Hilfsgelder mehr schaden als nützen.

Diese Beobachtung deckt sich mit Untersuchungen in Entwicklungsländern selbst. Das zeigte eine Untersuchung im Auftrag der Weltbank vor acht Jahren. Fragt man die Aufsteiger nach den drei wichtigsten Gründen, warum sie es geschafft haben, kommt die Eigeninitiative an erster Stelle. Vier von fünf Befragten (80 Prozent) äusseren sich so. Die Unterstützung durch Hilfswerke wurde hingegen nur von 0,3 Prozent der Befragten genannt.



Plus 124 Prozent. Pierre Graber (SP), Aussenminister von 1970 bis 1978. Fotos Key
Plus 221 Prozent. Pierre Aubert (SP), Aussenminister von 1978 bis 1987.
Plus 62 Prozent. René Felber (SP), Aussenminister von 1987 bis 1993.
Plus 19 Prozent. Flavio Cotti (CVP), Aussenminister von 1993 bis 1999.
Plus 14 Prozent. Joseph Deiss (CVP), Aussenminister von 1999 bis 2003.
Plus 66 Prozent. Micheline Calmy-Rey (SP), Aussenministerin von 2003 bis 2011.
Plus 30 Prozent. Didier Burkharter (FDP), Aussenminister von 2011 bis 2017.